

FACEBOOK 23. Mai um 14:42



[Michael Fuchs](#)

CDU will Wind-Ausbau stoppen

Fraktionsvize Fuchs: Kostenblindflug bei Energiewende

ami. BERLIN, 22. Mai. Vor einem „Kostenblindflug bei der Energiewende“ warnt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Michael Fuchs. Den könne sich ein Industrieland wie Deutschland nicht leisten. Allerdings deuteten Ausbauzahlen und Berechnungen der Bundesnetzagentur genau darauf hin, sagte der CDU-Wirtschaftspolitiker dieser Zeitung. Fuchs macht das fest an der unlängst von der Netzagentur veranlassten Buchung von Reservekraftwerken für den Winter in einem Umfang von 10400 Megawatt (MW) – was neun bis zehn Atomkraftwerken entspricht. Die Reserve wird vor allem im Süden vorgehalten, falls benötigte Elektrizität nicht geliefert werden kann. Der Grund dafür sind vor allem Engpässe im Stromnetz. Die Vorhaltekosten für die seit Jahren wachsende „Winterreserve“ zahlen die Stromkunden.

Laut Netzagentur würden im kommenden Winter „zur Stabilisierung der Stromnetze fast 50 Prozent mehr Reservekraftwerke benötigt als ursprünglich gedacht“, sagte Fuchs. Tatsächlich war bisher von 7000 statt 10400 Megawatt die Rede gewesen. Fuchs beklagte, dass man dazu „kein Wort“ aus dem Wirtschaftsministerium höre, obwohl dort „alle Alarmglocken klingen“ müssten.

Der CDU-Politiker verlangte, den Windausbau im Norden „dringend“ zu bremsen. Ganz offensichtlich fehlten die Netze, um den Strom zu den Verbrauchern in den Süden zu bringen. „Jetzt rächt sich, dass man dem beispiellosen Windboom der letzten Jahre tatenlos zugeschaut hat, statt die staatliche Förderung deutlich zu kürzen und damit den Traumrenditen für Windparks im Norden ein Ende zu bereiten.“ Die in den nordeutschen Ländern installierte Kapazität an Windkraftwerken ist inzwischen etwa doppelt so groß wie der Eigenverbrauch – sie müssen also Elektrizität verkaufen.

Es sei gut, wenn das Wirtschaftsministerium mit den Netzbetreibern über ein verbessertes Netzengpass-Management berate, sagte Fuchs. Doch das reiche nicht. Man müsse an die Ursachen gehen und herausfinden, wie sich „kurzfristig ein Anlagenzubau stoppen“ lasse. Denn der würde bestehende Netzengpässe weiter verschlimmern. „Können wir die vereinbarten Ausschreibungen für Windkraft noch nach hinten verschieben?“

Vorige Woche hatte die Netzagentur das Ergebnis der ersten Ausschreibung von Windanlagen an Land mit deutlich gesunkenen Förderkonditionen bekanntgegeben (F.A.Z. vom 20. Mai). Weitere Ausschreibungen sollen folgen. Im Norden ist der Ausbau zwar schon reduziert, solange zu wenige Leitungen gebaut sind, doch wird das erst ab dem Jahr 2019 wirksam.

„Denkverbote darf es hier nicht geben“, sagte Fuchs. Wer den Erfolg der Energiewende wolle, der müsse den Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung mit dem Ausbau des Netzes abstimmen.

„Wenn uns die Synchronisierung von Netz und Erzeugung nicht gelingt, droht uns bei den Netzentgelten eine ähnliche Kostenexplosion wie bei der EEG-Umlage“, warnte er. **Es fehle an einer seriösen Schätzung der Energiewendekosten für die nächsten Jahre.** Dazu gehörten die direkten Ökostromförderkosten ebenso wie die Ausgaben für den Netzausbau, das Management von Netzengpässen und das Vorhalten von Reservekraftwerken.

Skepsis äußern Fachleute auch über die Ankündigung der Netzagentur, im übernächsten Winter reiche eine Reservekapazität von 3700 Megawatt, weil dann die neuen Vereinbarungen über Lieferbeschränkungen mit Österreich wirksam würden. Noch im vergangenen Jahr habe die Agentur erklärt, dass für den Fall im Jahre 2018 nur noch 1900 Megawatt Netzreserve benötigt werden. Diese Einschätzung treffe offensichtlich nicht mehr zu, weshalb sie ihre Wertung binnen Jahresfrist um 95 Prozent erhöht habe.

x x x